

Die Druckerei... Die Redaktion... Die Geschäftsstelle...

Die Druckerei... Die Redaktion... Die Geschäftsstelle...

# Freiheit

## Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Gegen die Streifbrechergarden.

### Die Berliner Gewerkschaftskommission gegen die rechtssozialistischen Führer!

Der „Vorwärts“, der vor einigen Tagen die mit Genehmigung von Roste und Schöpflin ergangene Verordnung über die Organisation einer Streifbrechergarde durch die Garde-Kavallerie-Schützen-Division durch die Ueberschrift: „In Rommeh gegen den Terror“ zu rechtfertigen suchte, sieht sich heute gezwungen, die folgende Erklärung der Berliner Gewerkschafts-Kommission abzugeben:

In der Nr. 150 des „Vorwärts“ vom 27. März (Abendblatt) wird unter der Ueberschrift „In Rommeh gegen den Terror“ berichtet, daß Zeitschriften bei der technischen Ausrüstung der Garde-Kavallerie-Schützen-Division sich weiden sollen, um bei Ausbruch einer gewerkschaftlich nicht genehmigter Streiks Verwendung zu finden.

Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission legt Wert auf die Feststellung, daß in dieser Angelegenheit mit ihm nicht verhandelt worden ist, und daß er diese Feststellungen ablehnend gegenüberstellt.

Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlin u. Umgegend, Ritter.

Hier werden also wieder einmal die Führer der Rechtssozialisten von ihren eigenen Anhängern abgeschüttelt. Die Gewerkschaftskommission, die offizielle Vertretung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Berlins, wendet sich gegen die Bildung der Streifbrechergarde, die von ihren Führern angedroht worden ist. Sie sieht die Gefahren, die daraus für die Arbeiter entstehen, daß sich das Bürgertum eine bewaffnete Streifbrechergarde schafft. In den Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerken wird der Anschlag gemacht. Später ist es leicht, für andere Zwecke damit zu folgen. So gerät die Politik der rechtssozialistischen Führer in immer härteren Gegensatz zu den Massen.

Der „Vorwärts“ ist natürlich in diesem Fall wie immer auf Seiten derer, die einen Schandstreich gegen die Arbeiter unternehmen. Rängst sind da Zeiten vergangen, in denen auch er gegen Streifbrechergarden kämpfte. Heute kehrt er seine Aufgabe darin, die Streifbrecher gegen die organisierten Arbeiter in Schutz zu nehmen.

### Deutschland bitter, Krieg führen zu dürfen.

In dem offiziellen Bericht der deutschen Waffenstillstandskommission vom 27. März heißt es unter anderem:

General von Hammerstein kam in der Sitzung vom 27. März nochmals auf die Lage der deutschen Truppen an der Ostfront zurück. Er erklärte den Alliierten, daß nach einer Meldung des Generalstabskommandos des VI. Reservekorps Anfang April der Kohlenvorrat in Libau erschöpft sein werde. Dies zwinge dann zur Einstellung des Bahnverkehrs. Damit sei auch die Versorgung der Fronttruppen unmöglich, was ihre Zurücknahme und die Rückumkehr der Kohlenzufuhr über See sei wiederholt betont worden. Werde sie nicht sofort erlaubt, so müßte angenommen werden, daß die alliierten und assoziierten Regierungen an der Beibehaltung des Waffenstillstandes durch deutsche Truppen kein Interesse mehr haben.

Die deutsche Kommission bekennt also bei den Alliierten geradezu um die Erlaubnis, Krieg gegen Rußland führen zu dürfen.

### Die französischen Arbeiter gegen die Entente-Intervention in Rußland.

Nach einer Meldung des Progrès de Lyon beschließen die französischen Arbeiter-Organisationen im April eine großangelegte Agitation gegen die Entente-Intervention in Rußland und für den Völkerverbund im Sinne Wilsons einzuleiten. Der Nationalrat der „Confédération de General du Travail“ hat bereits eine Resolution in diesem Sinne angenommen. Diese Resolution soll in ganz Frankreich durch Placards und in Versammlungen verbreitet werden. Ferner soll eine Petition über die Politik der Alliierten, Rußland gegenüber, in einer besonders großen Auflage zur Ausgabe

gelangen. Für die Durchführung dieser Beschlüsse ist eine besondere Propaganda-Kommission ins Leben gerufen worden.

### Wozu die Revolution gut ist.

In einem Artikel über die deutsche Antwortnote an die Entente schreibt die „Deutsche Zeitung“:

Daß die Entente, selbst wenn sie die Richterfüllung ihrer Forderung als einen Bruch des Waffenstillstandes auslegt, weitere Gebiete Deutschlands besetzen wird, ist nicht gerade wahrscheinlich. Die Entente hat allen Anlaß, ihre Truppen, die nach allen Berichten nicht gerade mehr allzu zuverlässig sind, vor einer näheren Verührung mit dem revolutionären Deutschland zu halten, wenn sie nicht will, daß der Punkt der Revolution auch nach Westen überspringt.

Das alldeutsche Blatt benutzt also ganz offen die deutsche Revolution als Schreckmittel gegen die Entente. Sonst ist ihm kein Wort zu spar, um die verhasste Revolution zu bekämpfen und herabzuwürdigen. Jetzt aber ist diese selbe Revolution gut genug, um sie als Druckmittel gegen die Gegner zu benutzen.

### Amerikanischer Kredit für Deutschland.

T.K. Amsterdam, 29. März.  
Aus New York wird gemeldet, daß sich die amerikanische Hochfinanz grundsätzlich bereit erklärt, Deutschland einen größeren Kredit einzuräumen, wenn neben der Verpfändung ausländischer Wertpapiere Lieferungsverträge auf hochwertige deutsche Erzeugnisse, wie Farbstoffe, Chemikalien und Kunststoffe als Sicherheit für diese Kredite gegeben werden. Ein aus Großbanken bestehendes Konsortium will die Finanzierung dieser Kredite übernehmen, sobald nach Unterzeichnung des Friedensvertrages die Handelsbeziehungen wieder aufgenommen werden können.

### Einspruch gegen die Annexion Danzigs.

Bern, 29. März.  
Die Pariser Ausgabe der „Daily Mail“ beschäftigt in Ergänzung früherer Meldungen, doch gegen die Einverleibung von zwei Millionen Deutscher durch Verwüfung eines Abzuges zum Meere mit Danzig an Polen von gewisser Seite des Berrerales Einspruch erhoben wird. Eine weitere Vermischung der schon ohnehin sehr vernünftigen Verdückerung Pragens keine den Anteil zu einem neuen Krieges zu enthalten. Die Willigung eines deutschen Kreditkennzeichens werde möglichst zu vermeiden gesucht. „Journal“ greift diese Auslegung der „Daily Mail“ scharf an.

### Lord George über den Völkerverbund.

Amsterdam, 29. März.  
Einer Neuermeldung zufolge enthält die heute erscheinende Völkerverbundausgabe des „Manchester Guardian“ eine Wortschöpfung Lord Georges über den Völkerverbund, in der er schreibt, daß alle Hoffnungen, um der Welt die Wiederholung der unermesslichen Entlastung von 1914 zu ersparen, sich auf die Ausarbeitung praktischer Mittel beruhen, durch die die Nationen der Erde in den Stand gesetzt werden, die gemeinsamen Angelegenheiten der Welt in freundschaftlicher Zusammenarbeit ohne einseitige Nebenbuhlerschaft zu führen.

### Eisenbahnerstreik in Oesterreich beigelegt.

Wien, 28. März. Der Streik der Eisenbahner ist nach Verhandlungen mit der Regierung im Laufe des Nachmittags beigelegt worden. Versammlungen der Eisenbahnbediensteten beschlossen einstimmig, die Arbeit 12 Uhr nachts wieder aufzunehmen. Maßgebend für den Beschluß war besonders der Umstand, daß Zugslokomotiven nur im drei Tage Lebensmittel hat.

### Die Lage in Ägypten.

T.K. Amsterdam, 29. März.  
Die kritische Lage in Ägypten hat die englische Regierung veranlaßt, den bisherigen Oberbefehlshaber des Palästina-Armeekorps General Allenby mit besonderen Vollmachten zur Unterdrückung der engherzigen Bewegung in Ägypten und dem Sudan auszusenden.

### Die neue Stellung der Frau.

Von Tony Breitscheid.

Durch die Beteiligung der jahrhundertlangenen Entfaltung der Frauen hat ihre Bedeutung für die politische Arbeit und ihre Stellung im öffentlichen Leben eine gewaltige Wandlung erfahren. So sehr, daß wir uns fragen müssen, ob die gewohnten Organisationsformen in der Partei ihrer noch gerecht werden. Bereits vor dem Kriege betätigten sie sich in der Partei. Sie hatten weniger wichtige Stellen inne, und bei den Wahlen waren sie kaum gesehene Helferinnen. Selbstverständlich trat die Sozialdemokratie für ihre Forderungen in den Parlamenten ein, meist als einzelne Partei. So sehr sie aber prinzipiell die Gleichberechtigung der weiblichen und männlichen Mitglieder anerkannte, so gab es doch in der Praxis immer noch zahlreiche Genossen, die in den Frauen den politischen weniger aufklärten und auch weniger wertvollen Teil der Organisation sahen und nur zögernd für ihre stärkere Hinzuziehung zu wichtigen Funktionen zu haben waren. Das wirkte wieder auf die Frauen zurück: zum Teil glaubten sie selbst an ihre geringere politische Befähigung, zum Teil veränderten sie, in den Frauenleben die Rollen ihres politischen Willens aufzufüllen und den Vorprung einzuholen, den die Männer vor ihnen voraus hatten. Ob die Lesende jemals diesen Zweck erreicht haben, und ob sie überhaupt angeeignet waren, die Kunst zu überbrücken, darüber läßt sich allerdings streiten. Heute jedenfalls läßt sich die Annahme der Lesende überholt. Ihre Wiederentdeckung würde meiner Ansicht nach nicht nur ein Stehenbleiben, sondern einen Rückschritt bedeuten.

Die mit einem Salosse ist die Stellung der Frauen in der Partei durch die Revolution eine andere geworden. In den Versammlungen sind sie neuerdings zahlreich vertreten. Sie beteiligen sich an der Diskussion, und wenn sie im Verhältnis nicht so oft das Wort ergreifen wie die Männer, so ist das doch durch eine gewisse natürliche Scheu zu erklären, die überwunden werden muß und schließlich bald verschwinden wird. Das Gefühl der Wertlosigkeit ist im politischen Leben, der Zweckmäßigkeit ihrer politischen Arbeit, das vor dem Kriege bei vielen Frauen unangenehm vorhanden war, ist jedoch ein für allemal vorbei, und eine der ersten Ursachen ihrer Wandlung war wohl die Erkenntnis, daß die Politik der Männer im Kriege keineswegs auf der notwendigen Höhe stand. Das Selbstvertrauen wurde erhoben, als die Frauen die politische Gleichberechtigung erzielten. So wie die Ausfüllung rein männlicher Berufsberufe während des Krieges bei ihnen das Bewußtsein ihrer Kraft und Befähigung in hohem Maße gefördert hat.

Man könnte fast sagen, wir haben ein anderes Frauen Geschlecht erhalten. Natürlich gibt es auch jetzt noch solche, die heute wie vor dem Kriege absonderlich ihr Leben verbrachten, aber wir interessieren hier vor allem die, deren Sinn für das öffentliche Leben erwacht ist. Die insofern des wirtschaftlichen Druckes die Notwendigkeit der politischen Betätigung erkannt haben.

Was muß geschehen, um diese Frauen für die Unabhängigen Sozialdemokratie und ihre Ziele zu gewinnen? Sollen sie wieder in besonderen Gruppen innerhalb der Partei vereinigt werden? Welche Möglichkeiten gibt es für die Propaganda unter den Frauen?

Um es vorher zu nehmen, so scheint es mir absolut verfehlt, die Frauenlesende weiter befehlen zu lassen. Man soll das Interesse der Frauen an öffentlichen Veranstaltungen und Mitliederorganisationen vertiefen und zu diesem Zweck eine rege Propaganda unter ihnen anstellen. Sowie man sie in den Frauenleben, so entzieht man sie unwillkürlich den gemeinsamen Veranstaltungen und weist ihnen wieder eine Sonderstellung in der Partei zu, die sonst selbstverständlich in einer einheitlichen Bewegung ihrer Arbeit führen würde. Gibt es besondere Frauenfragen, so können diese in Frauenversammlungen erörtert werden, deren Veranstaltung notwendig ist und nützlich ist, aber diese Veranstaltungen von Fall zu Fall sind auch etwas anders als die gewöhnlich sich wiederholenden, speziell auf die weiblichen Mitglieder ausgerichteten Lesende. Wir müssen betonen

Wert darauf legen, in den Frauen das Gefühl zu erwecken, daß der Staat die gemeinsame Arbeit von Männern und Frauen braucht, daß alles, was von den arbeitenden Faktoren beschaffen wird, beide Geschlechter gemeinsam betrifft, und daß eine Maßnahme verfehlt ist, die einseitig Männer oder Frauen betrifft.

Die Gewinnuna neuer weiblicher Mitarbeiter und ihre Schulung kann auf verschiedene Weise geschehen. Einmal durch rührige Aitiation von Mund zu Mund in den Betrieben und in öffentlichen Versammlungen, dann aber auch durch eine Massenverbreitung geeigneter Flugblätter und einer Zeitschrift, deren Streben drauf gerichtet sein muß, in Artikeln und Unterredungen die Gebiete zu behandeln, denen die Frauen besonderes Interesse entgegen bringen. Aber auch sie muß immer wieder darauf hinweisen, daß die Forderung des gesamten Proletariats in einer gemeinsamen Richtung gehen. Wir werden ja bald wieder eine eigene Zeitschrift haben, und es ist zu hoffen, daß sie die Gefahr vermeidet, die darin liegt, die Sonderstellung der Frau in der Partei zu betonen.

Was nun die Schulung der neu gewonnenen Parteigenossinnen angeht, so scheint uns, daß hier allerdings noch so gut wie alles zu tun ist. Aber das gilt nicht für die Frauen allein. Den meisten Genossen fehlt die Mäßigkeit, sich intensiver mit den politischen Fragen zu beschäftigen. Sie bleiben nur zu leicht an der Oberfläche haften und erleben die Kenntnisse durch Schlagworte. Oder sie laufen mit in dem Gefühl der Anwesenheitspflicht zu den Klassenversammlungen, die in der Kampforanisation des Proletariats aufammengefaßt sind, ohne sich über den Weg, wie das Ziel — der wahrhafte Sozialismus — erreicht werden soll, ernsthaft Gedanken abzugeben. Für diese Parteigenossen, Männer wie Frauen, sollten Diskussionsabende geschaffen werden. In raummäßigen Privaträumen müßten in nicht zu großem Maße die politischen Tagesfragen und das Programm durchabgesprochen werden, und zwar so, daß für jeden Besucher dieser Abende die Verpflichtung besteht, sich durch Diskussion oder Fragestellung an der Erörterung zu beteiligen. Vielleicht wird nur eine beschränkte Anzahl von Genossen und Genossinnen zu dieser intensiveren Arbeit bereit sein, die für jeden von ihnen ein Opfer an Zeit und Kraft bedeutet. Aber die Verzeit wird ihnen selbst hohe Befriedigung bringen und die Partei wird so die Kräfte gewinnen, die sie für die Propagandatätigkeit und für die Beschung der Arbeiter braucht, die allmählich von der Bourgeoisie an das Proletariat übergehen müssen.

Wir haben ganz zweifellos einen Mangel an geeigneten Personen für die kommunalen und Staatsämter, die wir hoffentlich in kurzer Zeit beziehen müssen. Es heißt also, alle Kräfte, die sich uns bieten, heranzuziehen und nicht zuletzt auch die Frauen hierfür vorzubereiten.

Der Frauentag am 6. April soll vor allem zur Propaganda unter den neuen Staatsbürgerinnen dienen. Aber schon jetzt müssen wir dafür Sorge tragen, daß wir die freischen, uns zuströmenden Kräfte nicht brach liegen lassen, sondern sie gemeinsam mit den männlichen Genossen vorbereiten für die Aufgaben und Pflichten, die uns in der sozialistischen Republik erwarten.

## Der Kampf gegen das Unrecht.

Der „Vorwärts“ behauptet heute, wir erzählten immer neue, unkontrollierbare Einzelheiten über das Verhalten der Truppen. Das sei einseitig, wir sollten doch auch mit der gleichen Chronizentrene alle Schrecklichkeiten berichten, die von der anderen Seite begangen werden.

Dazu ist zunächst zu sagen, daß wir keine unkontrollierbaren Angaben veröffentlichen, sondern nur solche, für die sich uns Bezeugen zur Verfügung stellen. Was nun aber die „Schrecklichkeiten der anderen Seite“ anlangt, so steht es damit so: die schlimmsten Schrecklichkeiten, die Ermordung der 50 Beamten in Lichtenberg haben wir ebenso berichtet, wie die Geschichte von den ausgestochenen Augen. Sie waren nur nicht wahr.

Damit wollen wir nun durchaus nicht sagen, daß nicht in den Kämpfen auch von anderer Seite schreckliche Brutaltäten vorgekommen sind. Aber uns wurden keine solchen

Fälle gemeldet. Das ist nun nicht weiter merkwürdig. Aber auch in anderen Mätern wurden wirklich beglaubigte Fälle kaum angeführt, obwohl doch die Veröffentlichung recht naheliegend gewesen wäre. Außerdem ist noch zu bemerken, daß die ärgsten Dinge, die jedes Rechtsgefühl am meisten empören, nicht in der Bewegung des Kampfes, sondern, wie die Erziehungungen an Verhafteten und die Hinrichtung der Matrosen, nach dem Kampfe sich ereignet haben.

Wenn der „Vorwärts“ sich darüber beklagt, daß wir behaupten, er habe die Regierungstruppen vorbehaltlos geschützt, dies sei aber eine Unwahrheit, so ist dazu zu bemerken, daß der „Vorwärts“ gerade in der kritischen Zeit die Regierungstruppen wirklich vorbehaltlos verherrlicht und so sehr daran mitgewirkt hat, die Pogromstimmung zu erzeugen. Erst unter Kampf hat ihn gezwungen, seine Haltung zu ändern, und auch dies erst unter dem Druck der rechtssozialistischen Arbeiterkraft, die zum Teil durch eigene Erfahrung, zum Teil durch unsere Veröffentlichungen den wahren Sachverhalt kennen lernte. Der „Vorwärts“ hat dazu sehr lange gebraucht und gerade sein Verhalten hat zu dem Besonderen viel beigetragen.

Der „Vorwärts“ hat auch bis heute noch kein Wort gefunden gegen das schändliche Verhalten der Noske und Seine, die beide offen erklärten, daß für dieses Vorgehen, das so viele unschuldige Todesopfer forderte, absolut keine gesellschaftliche Grundlage vorhanden war. Wir möchten vom „Vorwärts“ sehr gerne hören, ob er z. B. mit dem Befehl der Garde-Kavallerie-Schützen-Division einverstanden ist, wir möchten von ihm wissen, ob er die bedingungslose Verbeidigung der Regierungstruppen durch Noske und Seine billigt.

Der „Vorwärts“ möchte schließlich glauben machen, daß es sich bei den letzten Kämpfen um Prinzipien gehandelt habe, die in dem Bürgerkrieg ausgetragen werden sollten. Auch das ist falsch. In den letzten Kämpfen handelte es sich nicht um Prinzipien und überhaupt nicht um Politik. Diese Behauptung kann vielleicht für die Januarämpfe aufgestellt werden, die, so beklagenswert sie auch waren, doch zunächst nicht solche Schrecklichkeiten zeigten, wie sie diesmal vorgekommen sind. Erst mit der brutalen Hinführung Dieblichs und Rosa Luxemburgs begannen die Gräuelt. Seitdem wurde von Noskes Offizieren, von Noske selbst und von der mehrheitssozialistischen Presse systematisch jene Pogromstimmung hervorgerufen, die die psychologische Voraussetzung für die begangenen Schrecklichkeiten bildet.

Von Januar an wurden die Spartakisten als Verbreiter, Mörder und Blinderer bezeichnet. Diesmal, wo es sich um einen Kampf rivalisierender Truppenkörper handelte, zu denen dann später allerhand sehr zweifelhafte, aber unabweisbar unpolitische Elemente sich gesellten, wurden unweilhaft die Blinderer absichtlich als Spartakisten bezeichnet, um gegen diese und gegen die Unabhängigen in der brutalsten Weise vorzugehen zu können. Die Kämpfe selbst waren nicht politisch, aber die politische Ausschaltung, zu der die rechtssozialistischen Führer des Reichs gaben, die unaufhörliche Aufhetzung der Truppen haben jene vergiftete Stimmung erzeugt, in der dann Dinge, wie die standrechtlichen Erhängungen alter Leute, die Mißhandlungen in den Gefängnissen, die gräßliche Niedermetzung der 24 Matrosen stattfinden konnten.

Der „Vorwärts“ selbst hat sich gezwungen gesehen, seit einigen Tagen diese Pogrombegebe einzustellen. Noske und Seine benutzen die Parlamente immer wieder dazu, diese Pogromstimmung zu nähren, die sich heute nicht mehr hauptsächlich gegen die Kommunisten, sondern in erster Linie gegen die Unabhängigen richtet. Das ist freilich kein Kampf um Prinzipien, sondern es ist der Kampf dieser Leute um die Erhaltung ihrer Macht.

## Gegen die allseitigen Kriegsbegeer.

Die Deutsche Friedensgesellschaft, Ortsgruppe Berlin, hat eine Eingabe an die Nationalversammlung in Weimar gerichtet, in der es mit Bezug auf die Treibeizen der alldeutschen Offiziere heißt:

Nach den bitteren Erfahrungen der letzten Jahre erscheint es uns unersch, daß diese Kreise noch immer nicht begriffen haben, daß nur solche Persönlichkeiten auf ein Vertrauen und ein Entgegenkommen im Ausland zu rechnen haben, die während

des Weltkrieges in keiner Weise der Verblendung der Annexionen und der nationalistischen Kriegsbegeerung zum Opfer gefallen sind.

## Lebensmittel.

Amsterdam, 28. März. „Algemeen Handelsblad“ meldet aus Rotterdam: Heute beginnt der Transport der Lebensmittel, die aus assoziierten Ländern kommen und in Rotterdam lagern, nach Deutschland. Es sind bereits 250 000 Stücken kondensierter Milch und 6000 bis 7000 Tonnen Speck verladen.

Berlin, 28. März. Am 27. März sind, wie die Deutsche Waffenhandelskommission mitteilt, 17 Dampfer nach England in See gegangen.

Amsterdam, 28. März. „Daily Chronicle“ erfährt, daß das englische Lebensmittelministerium beschlossen hat, außer den 100 000 Tonnen Kartoffeln, die bereits unterwegs sind, noch 200 000 Tonnen Kartoffeln nach Deutschland zu schicken. Die ausgelieferten deutschen Frachtdampfer werden zum Transport der Kartoffeln verwendet werden.

Paris, 28. März. (Havas.) Die Minister des Reichens der fünf Großmächte setzen heute vormittag ihre Beratungen fort. In bezug auf die Blockade Deutschlands wurde beschlossen, alle Beschränkungen des Handels mit diesen Gegenden aufzuheben, sobald Maßnahmen getroffen worden sind, um zu verhindern, daß Lebensmittel nach Deutschland weiterbefördert werden.

## Ehrung für Eisner.

T. U. München, 29. März.

Der Münchener Arbeiterrat nahm einstimmig einen Antrag an, die Promenadenstraße, in welcher der Ministerpräsident Eisner ermordet wurde, Eisnerstraße zu nennen und an dem Hause, vor welchem der Mord geschah, eine Gedenktafel anzubringen.

## Die Pariser Beratungen.

Paris, 28. März (Havas)

Zwischen der bevorstehenden Ankunft der deutschen Finanzkommission in Versailles und dem schnelleren Gang der Verhandlungen des Vicerats besteht kein Zusammenhang. Diese Kommission wird sich mit dem finanziellen Abkommen, das durch die Verpflegung Deutschlands notwendig geworden ist, beschäftigen. Die deutschen Delegierten kommen nicht nach Frankreich, um von den Präliminarienbedingungen Kenntnis zu nehmen. Der Vertrag wird kaum vor der zweiten Aprilwoche den deutschen Delegierten mitgeteilt werden können.

Amsterdam, 28. März

„Times“ meldet aus Paris, daß die Japaner im Völkerbundauschuß beantragt haben, daß der Vollzugsrat des Bundes die Abrüstungsfrage mindestens alle zehn Jahre neu prüfen muß. Dieser Verbesserungsantrag wurde angenommen.

## Die Erzeugung im Ruhrgebiet.

aus dem Ruhrgebiet wird und gefährdet.

Eine neue große Bewegung hat unter den Bergarbeitern an der Ruhr eingesetzt. Nachdem die Ueberzeugung allgemein geworden ist, daß das Sozialistengesetz nur zur Verhütung der Bergarbeiter geschaffen worden ist, daß die Herrschaft des Kapitalismus unangetastet läßt, sind die Bergarbeiter wiederum zur Selbsthilfe gezwungen. Sie begnügen sich nicht mit der Einführung der 7½-Stundenarbeit, sondern sie sind im Begriff, die 6-Stundenarbeit für die unterirdisch Beschäftigten einzuführen. Die jetzt sind es etwa 70 Schichtanlagen, die die 6-Stundenarbeit schon eingeführt haben. Die Einigkeit der Bergarbeiter in dieser Forderung ist allgemein, so daß sie nach einer selbständigen Arbeit zum Schwachs gehen und herausfahren. Dieses geschieht gegen den Willen der Führer der vier Bergarbeiterorganisationen.

Unter den Bergarbeiterführern herrscht darüber große Verstärkung, ebenso in der regierungsozialistischen Presse. Den Bergarbeitern ist jeder Glaube an ihre Führer und an die Regierung geschwunden. Sie setzen der „Sozialisierung“ der Regierung sehr mißtraulich gegenüber. Die zögernde und Scheinsozialistische Haltung der Regierung hat wiederum eine gewaltige Spannung und eine ernste Lage geschaffen.

## Volkstheater.

Während die Arbeiterkassen in Rußland und Ungarn die Theater sozialisieren und mit neuem revolutionärem Geist erfüllte Volkstheater aus ihnen machen, die im öffentlichen Besitz stehen und jedermann zugänglich sind, (man spielt dort in erster Reihe russische und soziale Stücke von Gogol, Ibsen, Hauptmann u. a.), sieht es in Deutschland nach der Revolution auch in den Theatern noch traurig genug aus. Die Preise sind unerschwinglich hoch und der Spielplan liegt mit wenigen Ausnahmen sehr ar. In den meisten großen Bühnen wölgt im Argen. Man erinnert sich da und dort wohl ausnahmsweise anderer als lediglich kapitalistische Interessen, aber das meiste ist doch nur auf die mehr oder weniger „literarische“ Unterhaltung des gebildeten Bürgers zugeschnitten. Und wie die Mehrzahl der großen Bühnen, so treiben es zumeist leider auch die kleinen, deren Publikum sich überwiegend aus Arbeitern und Handwerkern zusammensetzt. Diese müht an der Repertier- oder in Worten gelegten, von der Kritik wenig oder gar nicht beachteten „Volkstheater“ haben trotz der längst nicht mehr „volkstümlichen“ Preise den höchsten Zulauf und können doch wesentlich zur künstlerischen Hebung der Massen beitragen.

Aber was spielen sie? Dramatisierte Schauerromane aus der Schenke oder sentimentale Fabeln aus der Gemüthsornitur des Kleinbürgers. Wenigstens langt es zu dem biederen Familienrührstück in der Art von „König und Knecht“ oder „Mein Leopold“ oder „Hansmanns Lächeln“. Das erhebt sich nun zwar schon über diese Nachahmungen wie „Vater Anselm“ oder ähnliche Zustände von heute, an denen ein altes beschidenes Volkspublikum seine ungetrübte Freude hat, aber es bleibt doch zu bedauern, daß man es nicht lieber z. B. mit dem wirklichen Dichter Angenruber versucht, aus dem und heitere und tragische Urkräfte quellen. Versucht es nur, ihm auch an ihn, merkt natürlich und spielt ihn frisch und frei aus dem Innern, es wird schon gehen, ohne daß diese hergeleiteten Stücke Schaden leiden, wenn ihr nur wagt, es zu sein und nicht nach falschen Vorbildern nmt. Die Leiter und die Schauspieler der kleinen Bühnen sollten den Mut dazu haben und das Publikum wird ihnen allmählich folgen.

Die Kunst des Proletariats wird freilich nicht auf den Vorstadtbühnen geboren, der ganze Reichtum der Kunst gebührt ihm, aber auch diese bescheidene Vorarbeit soll und kann geleistet werden, solange die Möglichkeiten oder die Fähigkeiten fehlen zur völligen Umwälzung der Theaterinstitutionen, des Spielplans und

der Grundlagen der heute nur der Schulst und Unterhaltung dienenden Bühnenkunst. Auch in diesem alten Rahmen kann Besserung erzielt werden. Statt dessen aber schiekt alles nach den verheißenden Erfolgen der modernen Tanzoperette. Es gibt jetzt eine Wühne in Berlin O., die sich den stolzen Titel „Nationaltheater“ zugelegt hat, mit nicht unerheblichem Aufwand eine ins Deutsche gebogene Art des Genres, die dem dortigen Publikum dermaßen gefält, daß die Vorstellungen täglich ausverkauft sind und es für den kritischen Besucher nicht leicht war, zur 27. Wiederholung der „Alnopuppe“ noch Einlaß zu finden. Bei all den üblichen Singereien, Wühlereien, Längereien, wobei auch der „Fog-Trott“ nicht fehlen darf, herrscht eine Liebesheißfreisenden Vergnügen, obwohl die als „volkstümlich“ in die Handlung hineingeworfene Berliner Figur eines kuppelreichen und verflochtenen Vaters in ihrer scheinbaren Darmlosigkeit eine Zünde gegen das proletarische Unrecht ist. Aber eine gewisse Subtilität, die nicht ohne Talent ist und ein Komiker, der alle Wippen kennt, täuscht das Publikum über alle Niederungen hinweg. Die Kunst der Bourgeoisie liegt im Argen; das ist zu bedauern, aber aus der historischen und sozialen Situation zu verstehen. Das Proletariat als Träger der Zukunft darf sich nicht länger mit den Abfallprodukten begnügen, sondern muß auch hier teilweise von vorne an eigene Wege gehen.

Was gelesen wird. Nach Auskunft von Berliner Verlagsbuchhandlungen und Volksbibliotheken ist die Nachfrage nach volkswirtschaftlichen, politischen und sozialpolitischen Schriften, insbesondere nach Werken von Lassalle, Marx und Engels in letzter Zeit bedeutend gestiegen. So daß vielfach Neuanschaffungen dieser Bücher notwendig geworden sind. Neben Schriften über den Volkswissenschaften werden nach Angabe eines großen Verlages insbesondere die Werke von Kautsky, Mehring, Bernstein, Zorn und Schmoller beachtet. Von Dichtern Tolstojew, Tolstoj, Kollant, Vorwärts und Leonard Franks „Der Mensch ist gut“.

Einen Briefmarkenwettbewerb zur Erinnerung an die Nationalversammlung hat das Reichsministerium veranstaltet. Von den vielen eingegangenen Entwürfen soll die Karte von Ernst Böhm, Charlottenburg, ausgewählt werden. Im Anschluß daran plant das Reichsministerium einen Wettbewerb zur Erlangung künstlerisch wertvoller Briefmarken. Offenheit untercheiden sich die neuen Briefmarken dann ganz wesentlich von den Gemüthsverirrungen der bisherigen Art.

## Was wird aus den Museen?

Wilhelm H. Valentiner, ein bewährter Museumsfachmann, der sich sein Verständnis für die lebende Kunst nicht durch die Beschäftigung mit der mumifizierten hat verderben lassen, schrieb jetzt eine in der „Freiheit“ bereits erwähnte Broschüre „Umgestaltung der Museen im Sinne der neuen Zeit“ (Groschen-Verlag, Berlin, 102 Seiten), die unsere Beachtung verdient. Au beiden gefält mit der Sach auf Seite 84: „In den Ländern, wo die eigene Kunst am schwächlichsten war, sind als Ersatz die Kunstwerke anderer Völker am eifrigsten gesammelt und am besten aufgestellt worden, so in Deutschland, England und Amerika“. Hier trifft Valentiner absolut den Nagel auf den Kopf. Es war z. B. vor dem Kriege bei uns üblich, auf die „jämmerlichen“ Zustände in den französischen Museen zu schimpfen. Nun ja, in Verwaltungsdingen waren wir sehr geschäftig. Aber was besagt das? Das Reglementieren und Registrierten blüht überall da, wo das sonstige Produzieren schwächlich ist. Ein handwerker Mensch hat keine Zeit und Lust zum „Verwalten“. Man kann getrost behaupten, daß jenes Land die glücklichen Kunstverhältnisse habe, das Museen auch dem Namen nach nicht kennt. Museen der Kunst sind wirklich, wie Valentiner andeutet, kümmerlicher Ersatz für eine fehlende Produktion an ewig neuer Kunst. Weil die Franzosen immerhin noch etwas mehr an künstlerischer Spontankraft besitzen, nehmen sie ihre Museen nicht so sehr wichtig. Die Deutschen zerbrechen sich die Köpfe über die Umgestaltung der Museen, weil ihnen so viel Zeit bleibt dafür — Zeit, die nicht von eigener reichlicher Produktion erfüllt ist.

Die Museumsfrage sieht viel tiefer als die meisten glauben. Valentiners Vorschlag sind wohl überlegt und eine Unterlage der Diskussion, bis auf die Idee eines internationalen Museums der Meisterwerke, das gebildet aus den besten Arbeiten aller deutschen Museen einen Tempelbau in einer schon gelegenen mitteldeutschen Stadt fällen soll — eine Idee, die wir wieder eine Ueberhöhung des Museumsgebäudes an sich bedeutet. Aber auch die sonstigen Vorschläge Valentiners, die Museen zu popularisieren, sind etwas zu sehr in dem Gedanken besungen, es sei das Museum unter allen Umständen zu erhalten. — Warum? Solange wir an den Museen herumhasteln, sollen wir den Blick nicht von der Quelle, der ihr reiches helles Erbe verleiht, heben wir nicht die „Bildung“ vom Herzen der Kunst. An dem Tage, da wir wieder als Volk künstlerisch produzieren, werden die Museen zum Modernisier verurteilt sein. Arbeiten wir auf dieses allein zu

# Die neue Spartakus-Revolution.

Die Freiwilligengarden haben nicht zu tun. Nachdem alle Aufständigen, daß die neue Spartakus-Revolution am 20. März ausbrechen werde, nicht vermocht haben, die Ruhe in Berlin zu sichern, suchen nun jetzt nach einem neuen Vorwand, um die Aufständigen zur Unterwerfung des Besatzungsstaates und das Verschleiden der Freiwilligenkämpfer zu rechtfertigen. So wissen denn auch die von den Schreiindustriellen angeführten „Berliner Neuester Nachrichten“ bereits zu melden, daß in den Tagen des 7. oder 8. April die neue Spartakus-Revolution ausbrechen wird:

„Diesmal sollen die Spartakisten die Absicht haben, einen riesigen Apparat auf die Feine zu bringen und sich nicht davon zu scheuen in großem Maßstabe mit Fliegerbomben und Fliegerpatronen zu arbeiten. Die Waffendurchsuchungen haben im Verhältnis zu den Beständen der Spartakisten eine so enorme Anzahl von Waffen wieder herangebracht, daß die Führer noch sehr große Bestände in den Händen haben müssen. Insbesondere seien in Spandau große Mengen Waffen aller Art angefertigt worden und verschwinden ohne daß man bisher ermitteln konnte, wo sie sich befinden. In der Arken der Soldatenräte begeht man sehr ernste Verbrechen, doch man den Spartakisten diesmal nicht gewachsen sein werde, zumal große Truppenbestände zum Grenzschutz abgerufen seien.“

Wie gut, daß es einseitige Spiehbürger gibt, die jedem Märchen Glauben schenken. Sie haben am 20. März die Bettende über die Ehren gezogen und haben dann am 27. zu ihrem Erscheinen geleitet, daß Berlin immer noch nicht vom Erdboden verschwunden ist. So werden sie auch bis zum 7. oder 8. April keine Nacht ruhig schlafen, um dann am 9. zu sehen, daß sie wieder einmal von ihrem Leibblatt angeführt worden sind.

## Die Zustände in den Berliner Gefängnissen.

Der Gouverneur von Berlin, Herr Schöpplin, teilt über das Eracnis seiner Besichtigung der Berliner Gefängnisse nach mit:

„Angeregt durch die lebhaften Beschwerden, die eine Anzahl Arbeiter über die Behandlung und Unterbringung in Berliner Gefängnissen mir mündlich vorgetragen haben, besichtigte ich die Gefängnisse in Moabit und in der Leichter Straße. Die meisten der von mir befragten Gefangenen waren anlässlich der letzten Unruhen verhaftet worden, und sie bekundeten sich freimütig als Mitglieder der unabhängigen sozialdemokratischen Partei. Uebereinstimmend erklärten sie, über Behandlung, Reinlichkeit und Art der Unterbringung keine Klage zu haben. Ebenso übereinstimmend sagten sie, daß allerdings an den beiden ersten Tagen, als die Verhaftungen in sehr großer Zahl erfolgt waren, infolge Überfüllung die Raum- und Unterhaltsverhältnisse mangelhaft waren. Es ist aber, wie mir nachgewiesen wurde, mit größter Beschleunigung Abhilfe geschaffen worden. Die Verhältnisse sind jetzt nach einmütiger Aussage nicht aus, um ordentlich sein zu werden. Die Verhältnisse in den Gefängnissen bildete aber von jeher einen Gegenstand der Klage. Auch Herr Ledebour, dem ich in seiner Rolle einen Versuch abholte, erklärte, keinerlei Anlaß zu Beschwerden über die Behandlung zu haben. Sein mir vorgelegener parlamentarischer Protest bezog sich auf die Verhaftung selbst und ihre Aufrechterhaltung, worauf ich ihm nur erwidern konnte, daß ich keinerlei Einfluß habe.“

Durch diese Verurteilungsnotia wird der ganze Sachverhalt absehlich verdrängt. Es handelt sich bei den von uns vorabgebrachten Klagen gar nicht um die Behandlung und Verhaftung der Gefangenen, wie sie jetzt ist. Unsere Behauptungen stützen sich vielmehr auf die Vorgänge in der Zeit vom 8. bis 15. März, also auf jene Tage, wo die Besatzungsmacht der Regierungstruppen durch die erfindenen Grenzsicherungen über den Dichtenberger Beamtenmord aus höchster Gesteigert worden war und sich in allen Stadtteilen durch Erschießungen und Mißhandlungen völlig unzulässiger Menschen in der grausamsten Weise Luft machte. Diese Vorgangsmittlung hat auch in den Gefängnissen ihre Organe gefeiert, viele der Verhafteten wurden gefoltert, daß die Gefängnisinsassen ihr Schreien hörten, größtenteils Verdrängungen waren an der Tagesordnung, außerdem sind mehrere wehrlose Gefangene erschossen worden. Die

Stimmung unter den Regierungstruppen war eine derartige, daß sogar der Gefängnisdirektor Karl Radef empfahl, auf seine Spaziergänge im Hofe zu verzichten, da er sein Leben nicht mehr verbürgen könne.

Hier ist also der entscheidende Punkt, wo die Untersuchung einzusetzen hat, und es ist sonderbar genug, daß Herr Schöpplin gerade die Vorgänge entgangen sind, auf deren Klärung wir unbedingt beharren.

Zu den Untaten der Regierungstruppen in den Berliner Gefängnissen wird uns von der Frau eines Erschossenen mitgeteilt: Rein Mann, der Kaitose Paul Schulz, wurde am 9. März im Kriminalgericht erschossen. Er ist nicht handrechtlich erschossen worden, da die Kugel durch den Hinterkopf gegangen ist und am linken Auge herauskam. Wie mir ein Soldat der Reinhardt-Truppe erzählt hat, soll mein Mann einem Posten ein Handgranate aus dem Gurt gezogen haben und dieserhalb erschossen worden sein. Aber wie kommt dann der Schuß von hinten? Die Erschießung habe ich erst 14 Tage später erfahren, obwohl ich mich überall erkundigt hatte. Ich sah ihn später im Leichenhaus. Die Leiche, Sichel und Säbe waren entwendet.

## Zweiter Kongress der Arbeiter-, Bauern- und Soldaten-Räte.

Der Zentralrat ist mit: Die zum 2. März-Kongress gewählten Delegierten werden ersucht, unverzüglich ihre Personalien dem Kongressbureau des Zentralrates (Berlin, Herrenhaus, Leipziger Straße) zu übermitteln. Es sind folgende genaue Angaben zu machen: Name, Beruf, Wohnort, der zu vertretenen Partei und Parteizugehörigkeit. Vielleicht empfiehlt es sich, daß die maßgebenden Parteifunktionäre diese Angaben für sämtliche in ihrem Verwaltungsbezirk gewählten Delegierten machen.

Besonders sei darauf hingewiesen, daß die Delegierten bereits am Montag, den 7. April, in Berlin sein müssen. An diesem Tage finden vormittags 10 Uhr im Herrenhaus Präzisionsitzungen aller auf dem Kongress vertretenen Parteien statt.

Einige Anträge, die dem Kongress durch Delegierte vorgelegt werden sollen, findet der Kongressauschuß ebenfalls alsbald einzureichen, damit deren Dringlichkeit erledigt werden kann. Die Delegierten müssen für Wohnung in Berlin selbst sorgen, das Kongressbureau kann solche nicht vermitteln. Protokoll und Beschlüsse sind unbedingt mitzubringen.

## Politische Nachrichten.

Verständigung. Der Bericht über die Verfassungsverammlung im Herrenhaus läßt einen Diskussionsverlauf zeigen, daß durch die Entsendung des Gesandten Grafen v. Reihler die Annäherung der Verhandlung vorübergehend wurde. In Wirklichkeit wurde das Gegenteil gescheit, da Graf Reihler gerade mit aller Energie für eine persönliche Politik eingetreten ist.

Protest gegen die Richterherausgabe der deutschen Kriegsgefangenen in England haben in der Berliner Stadthalle 2000 Angehörige von Kriegsgefangenen erhoben. Es wird gegen die Nichtbeachtung der Verträge Bestimmungen protestiert, sowie von der Waffentilgungskommission gefordert, daß sie energisch für die Herausgabe eintritt.

Als Jahresbeitrag für den Reichspräsidenten hat der Reichsausschuß der Nationalversammlung 100 000 Mark vorgeschlagen. Für sogenannte soziale Ausgaben des Präsidenten wurden vorläufig 500 000 Mark beantragt.

## Soziales. Ein Jubiläum.

Vor 25 Jahren, am 20. März 1904, ist in Hamburg die Grobhandels-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine handelsgerichtlich eingetragen worden. Sie hatte die Aufgabe, für die Konsumvereine den Wareneinkauf im Großen zu besorgen und allmählich zur Eigenproduktion überzugehen. Die Gründung wurde von 47 Vereinen, die im ersten Jahre für 541 000 Mark Waren aus der Grobhandels-Gesellschaft Deutscher Konsum-

vereine bezogen. Es würde zu weit führen, hier eingehend auf die Entwicklungsgeschichte der Grobhandels-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine zurückzukommen; immerhin sei bemerkt, daß der Jahresumsatz vor Ausbruch des Krieges 157 500 000 Mark betrug.

In der Kriegswirtschaft wurde die Grobhandels-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine fast gar nicht berücksichtigt. Es ging infolge dessen der Umsatz auf 101 500 000 Mark im letzten Jahre zurück. Nach der Revolution haben mit dem damaligen Leiter des Reichsernährungsamtes, dem Genossen Emanuel Wurm, Verhandlungen stattgefunden, die zur Folge hatten, daß die Konsumvereine von diesem Amt endlich die ihnen gebührende Anerkennung gefunden haben. Es wurden Richtlinien erlassen, die dafür sorgen, daß die Grobhandels-Gesellschaft ihre Tätigkeit wieder in umfänglicher Weise entfalten kann, als es in den letzten Jahren der Fall gewesen ist. Die Produktionsbetriebe der Grobhandels-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine haben zum Teil für die jeweiligen Bedürfnisse kommenden erheblichen Organe gearbeitet, andere mußten stillgelegt werden. Es seien hier nur die nennenswerten Fabriken erwähnt. Die Grobhandels-Gesellschaft hat je eine Zigarettenfabrik in Hamburg, Hohenheim und Frankenburg, eine Kautschukfabrik in Nordhausen, eine Rindfleischfabrik in Bauenburg, eine Eisfabrik in Gröba und Düsseldorf, eine Teigwarenfabrik in Gröba und eine Reihe damit in Zusammenhang stehender Nebenbetriebe.

Der Grobhandels-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine stehen auch im neuen Deutschland noch große Aufgaben bevor; sie wird bei der Durchführung der Sozialreform ihre Erfahrungen in den Dienst der Sache stellen können. Öffentlich steht bei der Tag, wo man sich an allen Stellen der Genossenschaftsbewegung erinnert und ihr den Platz einräumt, der ihr gebührt, nicht nur um der Konsumvereinebewegung willen, sondern im Interesse der gesamten Volkswirtschaft.

## Gewerkschaftliches. Auf dem Boden des Rätesystems.

In den Arminialen fand Donnerstagabend eine Versammlung aller in der Grobhandels-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine des Bundesverbands statt. Genosse Stahlberg hielt einleitend einen Vortrag über das Rätesystem, in dem er die Bedeutung der aus der Revolution geborenen A- und E-Räte für den Aufbau unseres gesamten Wirtschaftslebens, für die Durchführung der wahren Demokratie und ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften darlegte. — Mit Rücksicht auf die reichhaltige Tagesordnung wurde von einer Diskussion Abstand genommen.

Gemäß dem Beschlusse der letzten Generalversammlung wurde die Wahl der Vorstandskolonnen erneut vorgenommen, wobei sämtliche zur Wahl gestellten Kandidaten eine Erklärung abgaben, auf dem Boden des revolutionären Rätesystems zu stehen. Es wurden gewählt die Kollegen Gregor, Ulrich, Pietsch, Kerkau und die Kolleginnen Walker, König und Richter, als Beisitzer zur Vorstandskolonnen Gregor und Ulrich.

Kollege Gregor unterbreitete dann der Versammlung einen Tarifentwurf, der den Unternehmern vorgelegt werden soll. Nach diesem Tarif beträgt die wöchentliche Arbeitszeit 80 Stunden, und zwar soll sie auf die Zeit von 8 bis 11 Uhr vormittags festgelegt werden, um der Arbeitslosigkeit im Bereiche zu wehren. Dem in jedem Geschäft zu wählenden Betriebsrat ist außer der Festlegung des Arbeitsverhältnisses Einblick in die Geschäftsbücher zu gewähren. Angehörige der Freiwilligenkorps dürfen nicht eingestellt werden. Der Wochenlohn für Zuschneider, Kleider und Schneider beträgt 85 Mark, für Zeugmacherinnen, Arbeiterinnen der Post, Teppich- und Halbschneiderei 80 Mark. Für jedes zu ernährnde Kind werden 3 Mark Zuschlag pro Woche gezahlt. Auf die Löhne, welche die Tarifhöhe erreicht haben, erfolgt ein 10prozentiger Zuschlag. Bis zu einem Jahre beschäftigte Kollegen erhalten 8 Tage Ferien, darüber hinaus beschäftigte Kollegen 10 Tage.

Nach eingehender Diskussion wurde die Tarifvorlage einstimmig angenommen.

Zum Schluß gelangte eine Resolution zur Annahme, in der den hütterlichen und rechtssozialistischen Volkervertretern in der preussischen Landesversammlung ein Mißtrauensvotum der Versammelten wegen ihres Verhaltens in der Frage des Rätesystems zum Ausdruck gebracht wird. Die Versammelten verpflichten sich, ihre ganze Kraft für die Durchführung dieses

strengsten Ziel die Produktion hin, so haben wir keinen Anlaß, die Ruinen erst noch unendlich zu reformieren.

Die Futuristen wollten die Museen gerädert. Ich schlage vor, aus den Museen bis zu dem Zeitpunkt, da sie in sich überflüssig werden, ein Arbeitsmaterial zu machen für das Volk. Arbeiter, von radikalen Künstlern, kommunistisch machen, sollen die Museen sichten, umfassen, aus ihnen das zu machen suchen, was möglich ist, um etwas Neues, Frisches und Lebendiges zu erreichen. Das Volk entscheide, was noch wirksam ist, lasse sich nicht mehr bedröckeln von den Historikern, Akademikern und Gelehrten, sondern handle. Denn der Weg geht nun einmal nicht von der Kunst durch die „Gebildeten“ zum Volke, sondern vom Volke zur Kunst direkt. Die „Gebildeten“ sind nur Hemmung. Die „Gebildeten“ sind hoffentlich bald selbst — Aufmerksam!

Abolf Rejne.

Zum Direktor der Hochschule für Bildende Kunst in Weimar ist der Berliner Architekt Wolf Gropius ernannt worden, der zugleich die Kunstgewerbeschule mit dem kunstgewerblichen Seminar, das früher Professor Wandersweide leitete, übernehmen wird.

## Alte und neue Dummheiten.

Seit 1914 hat sich die Regierung auf die Kellame geworfen. Die Beschaffung der Geldmittel zur Kriegsführung ersforderte eine großzügige Beeinflussung des Volkes und so nachhaltig auch auf die Presse sehr eingewirkt wurde — hier schenken ihre Macht allein nicht auszureichen. So kamen die großen Reklameplakate.

Die ungeheure Reklamepropaganda rief die gefährlichsten „Künstler“ auf den Plan. Der ausgedehnte Organisationsapparat schuf zahlreich Freistellen für dauernde Unabständigkeit und Dienstunfähigkeit. Das allein war schon Grund genug, eine enge Tätigkeit zu entfalten.

Als der Krieg nach einem halben Jahre doch noch zu seinem glücklichen Ergebnis geführt hatte, als dann immer neue Geldmittel erforderlich wurden, als der U-Boot-Krieg nicht die erwarteten Erfolge zeitigte und Lebensmittel und Material knapper wurden, mußte Stimmung zum „Durchhalten“ gemacht werden. „Militärische“ Plakate, tägliche Reklame in den Zeitungen und Schandblätter, Flugblätter, Werbeprüge zur Kriegsanleihe vor den Theateraufführungen, Kollektivität — alles mußte dazu dienen, die sich ausbreitende Friedensneigung zu unterdrücken.

Es wurde außerdem notwendig, der flutenden Kriegslust der

Truppen entgegenzutreten. Also überflutete man auch Claque und Platte mit Reklamaplakaten. Die Soldaten stützten die Köpfe, wenn ihnen dadurch bewiesen werden sollte, daß der Feind am Verhungern sei, während sie aus eigener Erfahrung wußten, daß Lebensmittel in den ihnen gegenüberliegenden Schützengräben zu holen waren, daß der uneingeschränkte U-Boot-Krieg die Truppentransporte unmöglich machte, während immer neue Truppen auftraten und die Amerikaner eine Division nach der andern herüberbrachten. Sie konnten es nicht erahnen, daß mit Munition gespart werden sollte, wenn sich kein Mensch darum kümmerte, wieviel Patronen und Handgranaten in den Quartieren zurückblieben, wieviel im Tresor der französischen Felder umfien, wie wenig Erfolg das nächtliche Störungschießen hatte, bei dem ungeheure Mengen Munition verschwendet wurden. Und als nach der englischen Flugblatt-Propaganda die deutsche Deeresierung eine Gegenpropaganda betrieb, da war sie so plump, — denn an der Front hatte man den ganzen Vertrautheit überdurchschaut — daß auch die von Dudenburg unterzeichneten Erlasse nur ein Rächeln der geringfügigen oder Erbitterung hervorriefen.

Der große Lügenfeldzug war eine Spekulation auf Dummheit und Beschränktheit. Aus der Tatsache, daß er vier Jahre durchgeführt werden konnte und den Erfolg hatte, einen vernünftigen Frieden zu verhindern, läßt sich der Schluß ziehen, daß die Spekulanten ihre Opfer nur zu gut kannten.

Nach denselben Gesichtspunkten arbeiten die neuen Männer. Es scheint, Ministerfessel und grüne Tische haben einen unheilvollen Einfluß auf den Verstand. Die Regierung proklamiert die Freiheit und gibt den Offizieren die Kommandogewalt wieder, sie will die Ausbeutung der Massen durch den Kapitalismus verhindern und versucht, die Macht der Arbeiterkräfte zu brechen.

Auch sie brauchen die Kellame nicht weniger als die alte Regierung. Sie wollen die Arbeitslosen aufs Land ziehen und verschämen, die Vorbedingungen zu schaffen. Um die Arbeitslosen zu heben, lassen sie Plakate drucken, die an allen Ecken stehen und noch den Zeitungen beigelegt werden: „Früher galt die Mark 100 Pfennige, heute hat sie ein Fünftel des Wertes. Nur Arbeit kann den Wert des Geldes erhöhen!“ Dieses Plakat schreit jedem ins Gesicht: Dein Geld ist entwertet. Deine Arbeit müßte fünfmal höher bezahlt werden als vor dem Kriege, während die Erhöhung tatsächlich meist nur (abgegeben von einigen Berufsständen) bis 100 und 200 Prozent beträgt. Deutlicher kann das bestehende Mißverhältnis zwischen Steuer und Entlohnung nicht vor Augen geführt werden. Amtliche Stellen veröffentlichten Berechnungen,

aus denen hervorgeht, daß die Preise für die auf Karten zu beziehenden Lebensmittel um 300 Prozent gestiegen sind (jeder weiß, wie wenige mit den ihnen zugewiesenen Quantitäten auskommen können), amtliche Stellen haben während des Krieges den Produzenten Zugeständnisse auf Zugeständnisse gemacht und erhöhen wiederum die Preise — und dabei führt die Regierung einen erbitterten Kampf gegen den sogenannten „Lohnschwindel“, obwohl die ganze Bewegung auf diesem Zustand basiert.

Es ist in vielen anderen Dingen ebenso. Die Geschichte der Dummheit ist bald wieder um einen Band reicher. Aber man wird fortfahren, Plakate zu drucken und Flugblätter zu verteilen, trotz Papiermangel und Materialmangel.

Georg Schulze-Moering

Der dritte Anstehen der U.S.P.D. Tempelhof fiel mit dem 18. März zusammen und mußte als Revolutionsfeier dem Programm nach über dem Niveau der sonstigen Veranstaltungen in diesem Rahmen stehen. Der Tag der revolutionären Gedankens in seiner Entwicklung von 1919 bis 1918 gab den Grundton des Abends. Mit der Chorleiterin leitete Kapellmeister Eberhard die Feier ein. Richard Müller leitete folgte. Dann kam Dehrens III., die Eröffnungssymphonie. Das heldische Element nähen Geigen, des Abenckämpfers überkaut. Nach der Agitation von Andrej Gorki die von den lieben Genossen und einigen Revolutionsbedürftigen schlossen Chorführer des Volkstheaters Tempelhof-Tempelhof die Märzfeier.

Alfred Biele und Rudolf Eschard, der Dichter der „Ba-Halla“, reisen durch alle deutschen Großstädte mit einem Vortragabend, der das Motto hat: „Wenn heißt ihr, o Soldaten, die Welt endlich ein!“ Alfred Biele wird Dichtungen von Karl Kraus, Heinrich Perle, Rudolf Eschard, Ludwig Kubiner, Georg Herwegh und andere sprechen und Strindbergs „Frischensnovell“ erzählen. Rudolf Eschard spricht über „Der Kampf gegen die Wölfe!“

Was den Theatern. Im Kelling-Theater wird als nächste Eröffnung Anton Wildgans' neue Tragödie „Dies irae“ in Szene gehen.

Die für Ende März vom „Jungen Deutschen“ geplante Aufführung von Eise Necker-Schillers „Die Wupper“ wurde wegen technischer Schwierigkeiten auf kurze Zeit verschoben werden. Sie findet nunmehr am Sonntag, den 13. April, um 8 Uhr, im Deutschen Theater statt. Die begleitende Musik, die bei dieser Gelegenheit ebenfalls zum erstenmal gespielt wird, hat Friedrich Schiller geschrieben.

Im Friedrich-Wilhelm-Bühnen-Theater findet am 2. April die Aufführung von „Das Dorf ohne Glocke“ nach einer Szene von Kipab Kolster, Musik von Edward Rüchke, statt.

